

Inhalt

Einleitung

7

KAPITEL 1

Antisemitismus in der Weimarer Republik
und der Aufstieg der NSDAP

13

KAPITEL 2

Die Funktion des Antisemitismus in der NSDAP

34

KAPITEL 3

Die Entstehung der »Nürnberger Gesetze«

49

KAPITEL 4

Die Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft

67

KAPITEL 5

Der 9. November 1938 und die öffentliche
Herabwürdigung des Judentums in Deutschland

87

KAPITEL 6

Die Umsiedlung der Juden und die Fiktion
einer »territorialen Endlösung«

107

KAPITEL 7
Der »Rassenvernichtungskrieg«
gegen die Sowjetunion
131

KAPITEL 8
Der europäische Osten als Schauplatz
der Ermordung der Juden
152

KAPITEL 9
Auschwitz und die »Endlösung
der europäischen Judenfrage«
181

KAPITEL 10
Der Holocaust und die Deutschen
204

Abkürzungen
215

Ausgewählte Literatur
217

Personenregister
233

Einleitung

Mit der Ermordung von über fünf Millionen jüdischer Menschen hat das Dritte Reich und damit die deutsche Nation eine unauslöschliche Schuld auf sich geladen. In der bisherigen Geschichte gibt es kein Verbrechen, das mit der Dimension und der Infamie des Holocaust verglichen werden kann. Jeder Versuch, dieses Geschehen in eine Reihe mit historischen Genoziden zu stellen, ist daher im Ansatz verfehlt. Denn anders als bei den exorbitanten Massenverbrechen, wie sie Timothy Snyder unter dem Begriff der »Bloodlands« zusammengestellt hat, gibt es beim Judenmord keine unmittelbaren Motive, wie etwa ethnische oder soziale Rivalitäten.¹ Insoweit nimmt die Vernichtung von Millionen jüdischer Menschen in Europa eine Sonderstellung ein.

Die Ermordung von 5,6 Millionen jüdischer Menschen, denen es nicht gelang, sich durch Flucht oder Untertauchen dem Zugriff der Häscher zu entziehen, stellt eine bleibende moralische Last für diejenigen dar, welche die Verfolgung entweder aktiv betrieben oder sie passiv hingenommen haben. Dies betrifft in erster Linie die deutsche Nation, in deren Namen die Vernichtung vollzogen wurde, wenngleich neben den Deutschen Angehörige anderer europäischer Nationen beteiligt waren, nicht zuletzt die Polen, die Ukrainer, die Rumänen, die Serben und Kroaten. Die Landkarte des Verbrechens ist zu vielfältig, um sie im Einzelnen nachzuzeichnen, sodass unser Interesse vor allem denjenigen gilt, die Morde ersonnen und umgesetzt haben.

Gleichwohl können die ideologischen Wurzeln nicht übergangen werden, welche die abendländische Geschichte begleitet haben. Ihre spezifische Virulenz erhielten sie jedoch in der spätwilhelminischen Epoche, in der sich die tradierte Judenfeindschaft mit völkisch-rassistischen Zügen verknüpfte und damit dem »modernen« Antisemitismus seine aggressive Note gab. Nachdem am Ausgang des Ersten Weltkrieges radikal antisemitische Bestrebungen zunehmend Gewicht erhielten, aber keineswegs auf Deutschland beschränkt waren, fanden sie ihre

eigentümliche Zuspitzung in rassistischen Denkhaltungen im Ersten Weltkrieg. Aber ihr Einfluss blieb zunächst begrenzt, verlor sogar an Impetus. Auch wenn sich innerhalb der politischen Rechten antisemitische Tendenzen festsetzten, blieb ihre Verbreitung in der Weimarer Republik eingeschränkt. So zählte der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, der den harten Kern des völkischen Antisemitismus ausmachte, zum Zeitpunkt seines 1922 verhängten Verbotes nicht mehr als 220.000 Mitglieder. Die Mehrheit der aggressiven Antisemiten fand sich jedoch nach 1923 in der NSDAP wieder. Die höheren Funktionäre der Partei stammten überwiegend aus den völkischen Verbänden und praktizierten dort weiterhin die eingeübte antijüdische Aggression.

Gleichwohl blieb der Einfluss des völkischen Antisemitismus in der späten Weimarer Republik begrenzt. Die fulminanten Erfolge der NSDAP in den Reichstagswahlen vom September 1930 bis zum März 1933 waren nicht primär ihrer extrem antisemitischen Propaganda zuzuschreiben. Die NS-Propagandaleitung erkannte vielmehr, dass eine weitere Zuspitzung der Judenfrage kontraproduktiv war, sodass die extrem judenfeindliche Propaganda in den Wahlkämpfen zurückgefahren wurde. Andererseits vermied die NSDAP unter dem Einfluss Adolf Hitlers, sich in der konkreten politischen Auseinandersetzung festzulegen, nicht zuletzt in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Als Folge dieser Strategie der Optionsvermeidung fungierte die antisemitische Propaganda als Surrogat für ein inhaltliches politisches Programm der Partei.

Bekanntlich versuchte Hitlers fähigster Gefolgsmann Gregor Strasser, von dem völlig veralteten Programm der 25 Punkte loszukommen und der Partei ein zeitgemäßes Programm zu geben, doch scheiterte dies am Widerstand Hitlers, der darauf bestand, das alte Programm unter keinen Umständen zu ändern. In der Parteipropaganda dominierten leere oder nicht miteinander vereinbare Grundsätze, die mit antisemitischem Inhalt aufgefüllt wurden. Auf diese Weise rückte die Judenfeindschaft in den Mittelpunkt der propagandistischen Rhetorik der Partei und trat an die Stelle konkreter Gegenwartsforderungen. Zusammen mit dem Fehlen konstruktiver Zielsetzungen bewirkte

die bewusst geschürte Rivalität zwischen den Funktionsträgern der Partei und angegliederten Verbänden, dass das Schlagwort von der »Lösung der Judenfrage« als Politikersatz fungierte. In dem Sammelsurium von Ressentiments und Phobien, die in der NS-Propaganda zusammenflossen, stellte die Judenfeindschaft ein unentbehrliches Ingredienz der NS-Weltanschauung dar.

Für die sich stufenhaft vollziehende Eskalation der Ausschaltung der Juden aus der deutschen Gesellschaft bis hin zur »Endlösung der Judenfrage« nach 1933 stellte der sich zunehmend verfestigende Judenhass einen bedingenden, aber nicht zureichenden Faktor dar. Desgleichen entsprang die Judenverfolgung keinem in sich konsistenten »Masterplan«. Zwar verfestigte sich in der NS-Führungsschicht die Erwartung, den jüdischen Bevölkerungsteil zunächst aus Deutschland, schließlich aus dem besetzten Teil Europas zu vertreiben. Aber es gab vor dem Frühjahr 1941 keine Strategien, um diese Vision zu realisieren. Erst der vom Auswärtigen Amt, dann dem RSHA aufgegriffene Madagaskar-Plan, der alles andere als neu war, gab der Vorstellung, die »Judenfrage« im Wege einer systematischen Umsiedlung lösen zu können, neue Nahrung. Es überrascht, wie viel Energie die Planer im RSHA auf dieses Konzept verwandten.

Tatsächlich hat es zu keinem Zeitpunkt ein in sich konsistentes Konzept zur »Endlösung der Judenfrage«, sondern nur rivalisierende Teilvorhaben gegeben, die, wie Götz Aly einleuchtend argumentiert hat, sämtlich in eine Sackgasse führten.² Er hat nachdrücklich betont, dass die »Judenfrage« im Zusammenhang mit dem Generalplan Ost, zugleich den Rückwirkungen des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakts und der darin vereinbarten Rücksiedlung der volksdeutschen Minderheiten aktualisiert wurde. Zuvor gab es keine Alternative zu dem Kalkül, die in Deutschland lebenden Juden zur Auswanderung zu zwingen, aber gleichzeitig wurden deren Existenzgrundlagen systematisch ausgehöhlt und schließlich zerstört. Dabei konkurrierten spontane Aktionen, wie sie für die »Reichskristallnacht« charakteristisch waren, mit einer den jüdischen Lebensraum zunehmend einengenden Gesetzgebung, die mit den Nürnberger Gesetzen ihren Ausgang nahm.

Den entscheidenden Wendepunkt in der Radikalisierung der »Judenverfolgung« stellte der Angriff auf die Sowjetunion dar. Die Hybris der Planer des RSHA, nach der für den Oktober 1941 erwarteten Niederlage Russlands ein gigantisches Ostsiedlungsprojekt vorzubereiten, an dessen Ende nicht nur die Liquidierung von 31 Millionen Russen, sondern auch der europäischen Juden stand, kam damit zum Durchbruch. Hitlers Entschluss, den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt mit der Umsiedlung der volksdeutschen Minderheiten in der Sowjetunion und den baltischen Staaten zu verbinden, wurde zum Ausgangspunkt einer umfassenden völkischen Neuordnung. Sie traf primär die polnische Bevölkerung im Warthegau, aber zugleich die dort lebenden Juden, die deutschen Siedlern Platz machen sollten. Im Zusammenhang damit scheiterten die wiederholt betriebenen Pläne, ein Judenreservat, so in Nisko und danach in Lublin, zu errichten. An diese Stelle traten die von Heinrich Himmler betriebene Errichtung von Vernichtungslagern und die systematische Liquidierung der aus den übrigen europäischen Ländern deportierten Juden.

Es besteht Einigkeit in der Forschung, dass es einen umfassenden Befehl zur Durchführung der totalen Liquidierung nicht gegeben hat und dass Hitler offenbar zögerte, diesen Schritt zu tun. Seine Stellungnahmen betrafen stets nur Teilschritte und ließen das Fenster für die Fiktion einer künftigen Absiedlung der Juden im »Ostraum« offen. Gleichwohl setzte sich in der NS-Führungsriege die Vorstellung durch, dass die Judenvernichtung und nicht die bevorstehende Zerschlagung der Sowjetunion das eigentliche Kriegsziel darstelle. Aus dieser Perspektive, die einen grotesken Realitätsverlust kennzeichnete, sollte die Ausrottung des Judentums dem Bolschewismus endgültig seine Grundlage entziehen sowie Großbritannien zum Einlenken zwingen, sich den Achsenmächten anzuschließen.

Es fällt schwer, die sich in den SS-Stäben unter Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich durchsetzende fanatisch verfochtene Vorstellung ernst zunehmen, dass es möglich sei, nicht nur das europäische, sondern das Weltjudentum physisch auszulöschen. Das Denken der NS-Führung war stets geneigt, sich

utopischen Visionen zu verschreiben. Im Zusammenhang mit den hypertrophen Plänen einer Zerschlagung der Sowjetunion und schimärischen Siedlungsplänen stellte sich bei den SS-Führungsstäben und der NS-Führung selbst ein extremer Realitätsverlust ein, der in der Forderung einer globalen »Endlösung der Judenfrage« gipfelte.

Es ist die Aufgabe der vorliegenden Studie zur Geschichte des Holocaust, die einzelnen Bausteine und Etappen zu schildern, die zur Kulmination des Verbrechens geführt haben. Dabei steht die Frage im Vordergrund, warum und unter welchen Bedingungen die einzelnen Stufen der Ausgliederung der Juden aus der deutschen Gesellschaft, ihre Ausschaltung aus dem Wirtschaftsleben und ihre schrittweise Enteignung vollzogen wurden, bis schließlich ihre Deportation erfolgte: Die Analyse geht von einer Skizze der Judenfeindschaft in der Weimarer Republik und vor 1933 aus, schildert dann den Komplex der Nürnberger Gesetze und der Einschaltung des Behördenapparats in die Verfolgung, um danach den Prozess der Eliminierung der Juden aus dem Wirtschaftsleben nachzuzeichnen. Die Vorgänge im Zusammenhang mit der »Reichskristallnacht« leiteten dann die vollständige Entrechtung der deutschen Juden ein, während die jüdische Auswanderung zunehmend stagnierte.

Nachdem mit der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges der Rubikon zu hemmungsloser Gewaltanwendung überschritten war, schaltete das NS-Regime unter der maßgebenden Mitwirkung Adolf Eichmanns zu einer territorialen Lösung der »Judenfrage« um, während die Einsatzgruppen des SD und der Sicherheitspolizei im Vorgriff auf eine Deportation der europäischen Juden »nach Osten« zur systematischen Ermordung der sowjetischen Juden übergingen. Abschließend behandelt die Darstellung die Liquidierung des Judentums in den besetzten und den annektierten polnischen Gebieten bis hin zur Aktion »Reinhard« und die sich an die Wannsee-Konferenz anschließenden Vernichtungsaktionen in den südosteuropäischen Ländern, in Italien und Frankreich sowie die Deportation der ungarischen Juden. Mit einem Blick auf die Todesmärsche schließt sich der Kreis der Verfolgung.

Anmerkungen

- 1 Timothy Snyder, *Bloodlands. Europa zwischen Hitler und Stalin*, München 2010.
- 2 S. Götz Aly, »Endlösung«. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a.M. ³2005, S. 90 ff.

Kapitel 1

Antisemitismus in der Weimarer Republik und der Aufstieg der NSDAP

Die Ursprünge und ideologischen Verzweigungen des Antisemitismus liegen in der Periode zwischen der Reichsgründung von 1871 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Zwar gehen die antisemitischen Strömungen bis in den Vormärz zurück, politische Virulenz erhielten sie jedoch nicht vor der Gründerzeit, die 1873 von einer Rezession abgelöst wurde. Mit der sogenannten Berliner Bewegung des protestantischen Hofpredigers Adolf Stoecker wurde zum erstenmal systematisch versucht, antisemitische Ressentiments politisch zu mobilisieren.¹ Stoeckers Erwartung, durch die Karte des Antisemitismus die Masse der Industriearbeiterschaft dem Einfluss der Sozialdemokratie entwinden zu können, erfüllte sich jedoch nicht.

Im frühen Kaiserreich waren antisemitische Einstellungen in bürgerlichen Kreisen, vor allem aber in der Akademikerschaft weit verbreitet, und kein Geringerer als Heinrich von Treitschke hat diesen Stimmungen öffentlich Ausdruck verliehen, was eine scharfe publizistische Entgegnung seines Fachkollegen Theodor Mommsen zur Folge hatte.² Insbesondere bei studentischen Korporationen, so dem Verein Deutscher Studenten (VDSt), gehörte der Ausschluss von Juden zur Selbstverständlichkeit, und das sollte sich in den Weimarer Jahren fortsetzen.

Demgegenüber waren die Versuche, den Antisemitismus im Parteiensystem heimisch zu machen, weitgehend erfolglos. Zwar bildete sich eine Reihe antisemitischer Parteien, darunter Stoeckers Christlichsoziale Partei, die Deutsch-Soziale Partei Otto Böckels und die Deutsche Reformpartei Max Liebermanns von Sonnenberg, aber sie blieben von marginalem Einfluss und lösten sich nach der Jahrhundertwende auf.³ Wichtiger war, dass sich in den konservativen Parteien antisemitische Einflüsse geltend machten. So wandte sich das Tivoli-Programm der Deutschkonservativen Partei von 1892 gegen die überproportionale Vertretung von Juden in bestimmten Professionen und

verlangte die Schließung der Grenzen, um eine weitere Einwanderung von Juden aus Osteuropa zu unterbinden.⁴

Die auf konservativer Seite vertretene Variante des Antisemitismus richtete sich in erster Linie gegen die nicht assimilierten Juden und entzündete sich an der im Zuge der industriellen Revolution anwachsenden Zuwanderung von Ostjuden nach Deutschland. Die antisemitischen Einstellungen dieses Typus bildeten einen gleichsam unerlässlichen Bestandteil des deutschen Nationalgefühls und umfassten vor allem Gruppen, die gegen eine Modernisierung eingestellt waren. Man hat daher von einer Art »kulturellem Code« gesprochen, der die Funktion hatte, die bürgerliche Mittelklasse in das konservative Lager zu integrieren.⁵

Diese im Kaiserreich in den Vordergrund tretende Variante des Antisemitismus enthielt in der Regel keine rassistische Komponente, sondern pflegte das assimilierte einheimische Judentum davon auszunehmen. Sie war bei der gebildeten Oberschicht weit verbreitet, die den völkischen Radau-Antisemitismus vom Schläger Theodor Fritsch ablehnte. Parallel zu diesem vorherrschenden dissimilatorischen Typus stand der vor allem im katholischen Raum lebendige traditionelle Anti-Judaismus, der die Juden nach wie vor als Christus-Mörder betrachtete und vor allem den katholischen Klerus bis in die 30er Jahre beeinflusste.⁶

Demgegenüber war der völkisch-rassistische Typus des Antisemitismus auf verhältnismäßig kleine Gruppierungen beschränkt. Er ging in erster Linie auf Autoren wie Houston Stewart Chamberlain, Eugen Dühring und Julius Langbehn zurück und fand weniger in den antisemitischen Parteien, die sich als instabil erwiesen, als in den Richard-Wagner-Vereinen, dem Alldeutschen Verband und verwandten imperialistischen Organisationen einen organisatorischen Rückhalt.⁷ Dieser Typus zeichnete sich dadurch aus, dass alle Personen jüdischer Abstammung, unabhängig davon, ob sie konvertiert waren oder nicht, verteufelt wurden. Die völkischen Antisemiten verlangten daher die Entfernung der Juden aus Deutschland, die sie für den Umstand verantwortlich machten, dass es den Deutschen nicht gelang, sich zu einer geschlossenen Nation zu entwickeln.

Dahinter verbarg sich die Vorstellung vom inneren Zusammenhalt der Juden als Ethnie, der sie wiederum zum geheimen Vorbild für die deutsche Nationsbildung machte.

Während die antisemitische Unterströmung in den Vorkriegsjahren nur geringe Popularität besaß, änderte sich dies unter den innenpolitischen Auswirkungen des Ersten Weltkrieges. Vor allem bei der politischen Rechten entluden die sich zuspitzenden sozialen und politischen Spannungen einen regelrechten Ausbruch antisemitischer Emotionen, die insbesondere die Militärs erfassten. Der sogenannte Judenzensus, den das Preußische Kriegsministerium 1916 einführte, um die Teilnahme von Juden am Militärdienst zu überprüfen, spielte öffentlichen Ressentiments in die Hände, wonach sich die Juden als rücksichtslose kapitalistische Profiteure hervortaten und sich der Wehrpflicht zu entziehen suchten.⁸ Das war die erste offizielle Bekundung antisemitischer Vorurteile seitens des Preußischen Kriegsministeriums und der Obersten Heeresleitung. Sie spiegelte die vor allem im konservativen Lager verbreitete Bestrebung, Schuldige für die anwachsende öffentliche Missstimmung zu finden, die durch die mangelhafte Versorgung mit Lebensmitteln und die ungünstige Kriegslage ausgelöst war.

Die deutsche Revolution von 1918 war von einer Verstärkung nationalistischer und antisemitischer Gefühle auf Seiten der politischen Rechten begleitet, die sich mit dem eskalierenden Antibolschewismus und Antisozialismus verquickten, der sich des Vorwands bediente, dass Juden überproportional in der Sozialdemokratischen Partei und dem kleinen Spartakus-Bund vertreten waren, welcher zur Jahreswende zur Kommunistischen Partei umgegründet wurde. Die antisemitische Agitation war nicht zuletzt vom Alldeutschen Verband entfacht worden, in der extreme Judengegner, darunter der Justizrat Claß, eine führende Rolle spielten, obwohl der Verband selbst von jüdischen Honoratioren mitfinanziert wurde.

Die Revolution von 1918 konfrontierte den Alldeutschen Verband mit einer unerwarteten Konstellation. Um seine formell überparteiliche Stellung zu bewahren, hatte der Verband den Versuch unternommen, durch die Gründung extrem natio-

nationalistischer und antisemitischer Tarnorganisationen wie dem Reichshammerbund oder der Thule-Gesellschaft in München politischen Einfluss auszuüben. Diese ordensähnlich aufgebauten Geheimorganisationen, die überwiegend aus bürgerlichen Honoratioren bestanden, spielten in der aktivistischen antisemitischen Bewegung eine maßgebende Rolle, die sich vor allem in München am Ende des Krieges und nach dem Zusammenbruch vom November 1918 herausgebildet hatte. Der Alldeutsche Verband unterstützte zugleich die Deutsche Vaterlandspartei die von rechtsstehenden Politikern im Umkreis des Generallandschaftsdirektors Kapp 1916 ins Leben gerufen worden war, um die Fortführung des Krieges gegenüber den anwachsenden Protesten in der Arbeiterschaft und dem unteren Mittelstand propagandistisch durchzusetzen, und die ebenfalls dem Antisemitismus das Wort redete.⁹

Die Vaterlandspartei stellte einen neuen Typ der Massenorganisation dar, indem sie im Unterschied zu bürgerlichen Vereinen auf individuelle Mitgliedschaft verzichtete und stattdessen einen Zusammenschluss des Verbandswesens im rechtsbürgerlichen Spektrum anstrebte, zu dem die Christlichen Gewerkschaften, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband und die Patriotischen und Kriegervereine gehörten. In dieser Hinsicht nahm die Vaterlandspartei Organisationsmuster der faschistischen Parteien vorweg, während ihre Führungsgruppe der Tradition des Wilhelminischen Kaiserreiches verhaftet blieb und insofern den Schritt zu offen populistischen Agitationstechniken verfehlte. Sie nahm eine defensive Position gegenüber dem vordringenden Einfluss der Sozialdemokraten ein, die für einen Frieden ohne Annexionen und die Reform des preußischen Wahlrechts eintraten, unterstützte aber gleichzeitig völkisch-antisemitische Bestrebungen.

In der begründeten Erwartung, dass die bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung, die nun auf der Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes erfolgten, die bisherige bürgerlich-konservative Majorität zerbrechen und die Konservative Partei dadurch ihren früheren Rückhalt in der öffentlichen Verwaltung einbüßen würde, reagierte der Alldeutsche Verband mit der Gründung einer neuen nationalistischen

Organisation, dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, der die Aufgabe haben sollte, die Arbeiterschaft für das rechte Lager zu gewinnen. Als Mittel der Massenmobilisierung, die sich vor allem gegen die sozialistische Mehrheit richtete, sollten die verbreiteten antisemitischen Ressentiments im Nachkriegsdeutschland ausgespielt werden.¹⁰

Parallel zu der Initiative entschloss sich eine Reihe von alldeutsch gesinnten Honoratioren, die der Münchner Thule-Gesellschaft angehörten, unter ihnen der völkische Journalist Karl Harrer, eine kleine nationale Arbeiterpartei ins Leben zu rufen und finanziell zu unterstützen. Diese Splittergruppe wurde von Anton Drexler gegründet, der von der Thule-Gesellschaft kam und deren extrem antisozialistische und antisemitische Vorstellungen teilte. Seine Deutsche Arbeiterpartei stellte eine von vielen gleichartigen Organisationen dar, die im gegenrevolutionären Klima Münchens wie die Pilze aus dem Boden schossen. Drexler wäre heute vergessen, wenn nicht Hitler sein Angebot angenommen hätte, dem Ausschuss der Partei beizutreten, mit der er als V-Mann des Bayerischen Reichswehrgruppenkommandos in Verbindung gekommen war.

Eine weit größere Stellung im völkischen Lager besaß der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, der sich anschickte, zum Zentrum des organisierten Antisemitismus in der frühen Weimarer Republik zu werden. Als verdeckte Nebenorganisation des Alldeutschen Verbandes wurde er von diesem finanziell massiv unterstützt. Mit dem Aufbau eines ausgedehnten Netzwerks von mehr als 400 Ortsgruppen gelang es dem Bund, sich rivalisierende antisemitische Initiativen einzuverleiben. Auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung – er wurde 1922 von der preußischen Regierung im Gefolge des Rathenau-Mordes verboten – umfasste er mehr als 200.000 Mitglieder und damit das Gros des aktivistischen Antisemitismus.

Die Initiative zur Gründung des Schutz- und Trutzbundes war von Justizrat Heinrich Claß, dem Führer des Alldeutschen Verbandes, ausgegangen. Er verfolgte dabei das Konzept, die in der Bevölkerung vorhandenen antisemitischen Ressentiments für die Erzeugung einer breiten Volksbewegung auszunutzen, die unter demokratischen Bedingungen als Gegengewicht ge-

genüber der Sozialdemokratie fungieren und die Arbeiterschaft in das nationale Lager zurückholen sollte. Claß' Kalkül erwies sich jedoch als verfehlt, da die Industriearbeiterschaft gegenüber dem völkischen Antisemitismus weitgehend unempfänglich war.

Zugleich ebte die antisemitische Strömung nach dem Ende der Hyperinflation von 1923 rasch ab und sollte erst wieder unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise größere politische Relevanz gewinnen. Zwar blieb eine antisemitische Unterströmung durch die Zeit der Weimarer Republik hindurch erhalten und beeinflusste die politischen Diskurse. Zugleich blieb der dissimilatorische Antisemitismus der deutschen Oberklasse virulent, der schon im Tivoli-Programm der Deutschkonservativen Partei von 1892 zum Ausdruck gekommen war. Aber als politisches Organisationsprinzip erwies sich der Antisemitismus als wenig erfolgreich.

Es war indessen von kaum zu überschätzender Bedeutung, dass die NSDAP – die Namensänderung von DAP zur NSDAP wurde 1920 unter dem Einfluss der parallelen Bewegung in Österreich vorgenommen – als Sammelbecken der aktiven Antisemiten der Kriegs- und Nachkriegsjahre fungierte. Fast alle der vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund und verwandten Organisationen herkommenden antisemitischen Aktivisten fanden in der NSDAP ein neues Wirkungsfeld, und sie formten den inneren Kern der Parteiführung. Viele von ihnen sollten sich später als Gauleiter einen Namen machen.

Auch die Deutschnationale Volkspartei verfolgte einen eindeutig antisemitischen Kurs, wenngleich sie sich vom radikalvölkischen Lager distanzierte. Die Partei nahm 1920 eine Prinzipienklärung an, die eine sorgfältig abgefasste Bejahung antijüdischer Politik enthielt und sich »gegen jeden zersetzenden undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen«, und sich gegen »die seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit« wandte. »Der Zustrom Fremdstämmiger über unsere Grenzen ist zu unterbinden«, hieß es darin weiter.¹¹ Damit setzte die Partei die Linie des Tivoli-Programms fort, ohne jedoch so weit zu gehen, Juden